

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Kleinstes Zeitung des Bezirkes

Bezugspreis: Vierteljährlich 2,75 Mk. ohne Steuern. — Einzelne Nummern 20 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. — Gemeindevorstands-Girokonto Nr. 3. — Postfachkonto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreise: Die sechswochenwöchigen Bestellungen außerhalb des Hauptmannschaftsbezirks 20 Pf. im amtlichen Teil (aus von Gebühren) die Stelle 200 Pf. — Einzelnummern 20 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 125

Mittwoch den 31. Mai 1922

88. Jahrgang

Ämtliche Bekanntmachungen.

Auf Blatt 239 des hiesigen Handelsregisters, betr. die Firma Niederschlotwitzer Holzstoff-Fabrik, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Niederschlotwitz, ist heute eingetragen worden: Procura ist erteilt den Kaufleuten Arno Riese und Kurt Lohse beide in Oberschlotwitz. 1 A. Reg. 25 d/22.

Amtsgericht Dippoldiswalde, den 24. Mai 1922.

Stimmabgabe für das Volksbegehren auf Auflösung des Landtages.

Die Eintragungslisten für ein Volksbegehren auf Auflösung des Landtages liegen von Dienstag den 6. bis mit Montag den 19. Juni ds. Js. im Rathause Zimmer Nr. 14 (2. Obergesch.) aus. Die Unterschriften in die Eintragungslisten können

an den Wochentagen vormittags von 7 bis 1/1 Uhr und

an den beiden Sonntagen (11. und 18. Juni) vormittags von 9—12 Uhr

abgegeben werden.

Zur Eintragung wird nur zugelassen:

- 1, wer in die hiesige Wählerliste für die Landtagswahl vom 14. November 1920 eingetragen ist, es sei denn, daß sein Stimmrecht inzwischen verloren gegangen ist oder während der Eintragungsrufe ruht, oder daß der Stimmberechtigte während der Frist an der Ausübung des Stimmrechts behindert ist. Als in der Liste eingetragen gilt auch der, der wegen Ausstellung eines Wahlscheines bei der Landtagswahl fr. Jt. darin gestrichen worden war.
- 2, wer einen Stimmschein abgibt,
- 3, wer in die hiesige Wählerliste nicht eingetragen ist, und keinen Stimmschein hat, aber sein Stimmrecht nachweist.

Stimmberechtigte, die sich während der Stimmabgabe in einem anderen sächsischen Orte aufhalten, können die Ausstellung eines Stimm Scheines im Rathause Zimmer Nr. 14 beantragen.

Am übrigen wird auf die Verordnung des Gesamtministeriums vom 13. Mai ds. Js. (Sächs. Staatszeitung Nr. 112 v. 14. Mai) Bezug genommen.

Dippoldiswalde, den 30. Mai 1922. Der Stadtrat.

Dienstag den 1. Juni 1922 abends 8 Uhr

Öffentliche Sitzung der Stadtverordneten zu Dippoldiswalde.

Tagesordnung hängt im Rathause aus.

- Die nächsten
- 1. Versorgungssprechtag des Versorgungsamtes Pirna finden statt:
 - 7. 6. 22 in Kreischa „Blaches Gasthof“ 9³⁰ vorm. bis 3⁰ nachm.,
 - 8. 6. 22 in Dippoldiswalde, Gasthof „zum Amtshof“ 8⁰⁰ vorm. bis 12⁰⁰ mittags und 1⁰⁰ bis 4⁰⁰ nachm.,
 - 9. 6. 22 in Frauenstein, Gasthof „zum goldenen Stern“ 8⁰⁰ vorm. bis 12⁰⁰ mittags und 1⁰⁰ bis 4⁰⁰ nachm.
- Pirna, den 29. Mai 1922. Versorgungsamt Pirna.

Verträge und Sächliches

Dippoldiswalde. Für Monat Juni werden die laufenden Teuerungszuschüsse an Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene in derselben Höhe wie im Monat Mai gewährt. Hierbei wird wiederholt darauf hingewiesen, daß solche Beschädigte und Hinterbliebene, die Anspruch auf die laufenden Teuerungszuschüsse zu haben glauben, jedoch einen Antrag bisher aus irgendwelchen Gründen noch nicht stellten, dies nunmehr unverzüglich tun müssen. Das Nähere ist durch die Ortsbehörden zu erfahren.

Ueber die Stimmabgabe für das Volksbegehren auf Auflösung des Landtages (vergl. die stadtliche Bekanntmachung in heutiger Nr.) herrscht noch sehr viel Unklarheit. Schriftliche Aufforderungen oder Stimmzettel gelangen an die zur Eintragung in die Listen zugelassenen Personen

nicht zur Ausgabe. Jedem Stimmberechtigten, der entweder in die Wählerliste für die Landtagswahl vom 14. November 1920 eingetragen ist oder einen Stimmschein einer anderen sächsischen Gemeinde vorlegt oder sein Stimmrecht nachweist, steht es frei, sich während der angegebenen Geschäftsstunden in die Liste einzutragen. Nicht zugelassen werden diejenigen Personen, die ihr Stimmrecht seit der letzten Landtagswahl verloren haben, deren Stimmrecht während der Eintragungsrufe ruht oder die während dieser Zeit an der Ausübung des Stimmrechts behindert sind. Auch diejenigen sind nicht eintragungsberechtigt, die bei der letzten Landtagswahl das 20. Lebensjahr noch nicht vollendet hatten, nunmehr aber, und zwar für eine spätere Wahl, wahlberechtigt geworden sind. Jeder hiernach Abstimmungs-berechtigte muß seine Eintragung in die ausliegenden Listen e i g e n h ä n d i g bewirken. Falls jedoch ein Eintragungsberechtigter erklärt, daß er nicht schreiben kann, so wird seine Unterschrift (oder richtiger der von ihm zu bewirkende Eintrag) durch die Feststellung dieser Erklärung ersetzt. Eine Wahlkontrolle findet nicht statt. Eine Durchsicht der Eintragungslisten ist demnach unzulässig. Wer in Ausübung des Berufs oder zur Erledigung persönlicher oder öffentlicher Angelegenheiten oder zu Kur- und Erholungszwecken sich während der Abstimmungszeit außerhalb seines Wohnortes aufhält, kann sich einen Stimmschein ausstellen lassen.

Auf die Bekanntmachung des Versorgungsamtes Pirna über die Sprechstunden desselben in unserem Bezirke sei hiermit aufmerksam gemacht.

Die Monatsversammlung des Sächsischen Landbundes, Bezirksverband Dippoldiswalde, am 27. Mai in der Reichskrone brachte einen außerordentlich anregenden Vortrag des Oberlandgerichtsrat Dr. Mangler—Dresden über die Frage: „Was wird aus dem landwirtschaftlichen Grundbesitz?“ Der Redner ging von der Tatsache aus, daß zu allen Zeiten revolutionärer Bewegung der Grundbesitz Angriffsziel der Nichtbesitzenden gewesen ist. Man erstrebte eine Neuregelung der Verteilung bzw. Einschränkung der Verfügungsmacht. Auch heute unterliegt das Eigentumsrecht des Grundbesitzers wesentlichen Beschränkungen, die zum Teil durch die Verhältnisse (Wertentwicklung), zum Teil durch Befehle und Verordnungen begründet sind. Kein Mensch kann voraussehen, wie sich die Verhältnisse weiterentwickeln werden. Eins sei nur klar, daß die bisher bei Besitzwechsel üblichen Wege (Erbrecht, Ueberlassung des Outes an ein Kind) schon wegen der Schwierigkeit der Wertbemessung nicht mehr möglich und ratsam sind, daß man andere Formen suchen muß. Besondere Aufmerksamkeit und Ueberlegung erfordere leistungswillige Verfügung. An den Vortrag schloß sich eine Aussprache über die Verwendung der aus der Getreide-Zwangswirtschaft gewonnenen Ueberschüsse, soweit sie aus der Verwertung der nichtverbrauchten Umlagereserve herrühren. Man stimmte schließlich dem Vorschlage von Amtshauptmann v. d. Planitz zu, den Hauptteil der Gelder zu einer Stiftung unter dem Namen „Landwirtschaftliche Stiftung“ zur Hebung und Linderung jedweder Not unter der landwirtschaftlichen Bevölkerung des Bezirkes festzusetzen. Ein kleinerer Teil soll der landwirtschaftlichen Berufsorganisation des Bezirkes zur Verfügung gestellt werden.

Der neue Sommerfahrplan sieht auf den Strecken unseres Bezirkes, Weißeritztal-, Müglitztal- und Frauensteiner Linie keine wichtigeren Veränderungen vor, auf unserer Ripsdorfer Strecke verkehrt der Frühzug nach Hainsberg nur um wenige Minuten zeitiger, auf der Linie Dresden—Pöschendorf wird der Frühzug an Sonn- und Festtagen bereits um 6.12 im Hauptbahnhof eintrifft und dadurch noch Anschluß an den 6.20 nach Chemnitz abgehenden Personenzug erreichen. Auf der Linie Dresden—Reichenbach schließt der Frühzug ab Dresden (Hbf.) 3.40 in Reichenbach i. V. (ob. Vf.) an den beschleunigten Personenzug Leipzig—Hof an und bietet nunmehr eine bessere Verbindung nach Bayern als bisher. Anstelle des Zuges ab Dresden (Hbf.) 3.34 nachm. wird der Abendzug ab Dresden (Hbf.) 6.55 bis Hof durchgeführt. Dadurch wird die Uebergangszeit zu den in Hof früh 5.20 nach Regensburg—München und 5.40 nach Bamberg abfahrenden Frühpersonenzügen erheblich abgekürzt. Die bisher nur zwischen Dresden und Plauen i. V. verkehrenden Schnellzüge ab Dresden (Hbf.) früh 7.16, an abends 11.30, werden über Hof—Bamberg—Würzburg bis und ab Mannheim/Ludwigs-bahnhof durchgeführt. Sie bieten auch eine günstige Verbindung nach und von Stuttgart.

Ueber Fahrgelderstattungsanträge im Eisenbahnverkehr schreibt die Eisenbahn-Generaldirektion, daß mit Rücksicht auf die finanzielle Lage der Reichsbahn der Reichsverkehrsminister angeordnet hat, daß bei Regelung von Fahr-

gelderstattungsanträgen bis auf weiteres zur Deckung der Verwaltungskosten 10% des Erstattungsbetrages, mindestens jedoch 5 M., abzuziehen sind, wenn den Anträgen aus Billigkeitsrücksichten entsprochen wird. Falls der verbleibende Restbetrag sich auf weniger als 5 M. beläuft, ist von einer Erstattung überhaupt abzusehen. Somit ist die Stellung von Anträgen zwecklos, wenn der Erstattungsbeitrag weniger als 10 M. betragen würde. Natürlich muß die Nichtausnutzung des Fahrausweises bahnamtlich bestätigt sein. — (Jeder Geschäftsmann — und die Eisenbahn ist nichts anderes als ein geschäftliches Unternehmen — muß derartige Bekanntmachungen mit bezahlten Inseraten der Deffentlichkeit kund tun. Die Eisenbahn verlangt es von den Zeitungsverlegern kostenlos. Wir würden gar nicht Noth davon genommen haben, wenn wir unsern Lesern nicht zeigen wollten, wie die Eisenbahn auch hier glaubt, mit ihrer Monopolstellung bürokratisch aber nicht kaufmännisch verfahren zu dürfen. Ein Kaufmann sieht sich oft gezwungen, Gekauftes umzutauschen, oft auch zurückzunehmen und bares Geld zurückzuerstatten, weil der Käufer andere Dispositionen getroffen hat. Er kann nicht Abzüge vornehmen. Ist es bei der Eisenbahn anders? Die Ursache nicht, wohl aber die Wirkung. Gar viele Reisende müssen unterwegs über ihr Ziel plötzlich anders disponieren (mitunter sogar, weil die Anschlüsse fehlen), die Eisenbahn zieht aber 10% von zurückzuerstattenden Beträgen ab oder behält kleinere ganz inne. Wir halten das für ein ganz ungerechtfertigtes, unkaufmännisches Verfahren.)

25 Ferienheime für Handel und Industrie. Während die Preise ihr Wettklettern munter fortsetzen und der geplagte Familienvater seufzend feststellt, daß in Zukunft auch eine Ferienreise zu den für ihn unerschwinglichen Genüssen zählen wird, versenden die Ferienheime für Handel und Industrie, Deutsche Gesellschaft für Kaufmanns-Erholungsheime in Wiesbaden, von denen das Erzgebirgsheim Wärenburg-Ripsdorf eines ihrer Besten ist, ihren Bericht über das Geschäftsjahr 1921. Was sie in diesem Jahre geleistet hat, kann als eine soziale Tat ersten Ranges gewertet werden. In 21 Heimen hat sie rund 21 500 Gästen Ferienaufenthalt geboten. Für Wohnung und volle Verpflegung einschließlich Bedienungsgeld hat sie nur 16 M. täglich erhoben. Zum Vergleich denke man daran, daß im Vorjahre eine feibliche Pension nicht unter 45—50 M. zu haben war. Ermöglicht wurden der Gesellschaft diese Leistungen durch zahlreiche Zuwendungen aus Handel und Industrie, die im Jahre 1921 den stattlichen Betrag von 12,4 Millionen Mark erreichten, sodas das gesamte Stiftungskapital der Gesellschaft auf 31,8 Mill. Mark anwuchs. Durch neue Erwerbungen ist die Zahl der Heime auf 25 gestiegen, in denen voraussichtlich 25—30 000 Personen dieses Jahr für annehmbaren Preis Aufnahme und Erholung finden werden.

Schmiedeberg. Freitag den 28. Mai hielt im Gasthaus zur Post der Erzgebirgs-Zweigverein seine diesjährige Hauptversammlung ab. An Stelle des nach Dresden verzogenen, zum Ehrenmitglied ernannten langjährigen Vereins-kassierers, Herrn Oberbahnhofs-vorstand i. R. M. Weisner, erstattete Herr Schuldirektor Kadner den Kassenericht. Aus den vorgenommenen Neuwahlen des Gesamtvorstandes gingen hervor die Herren Rechnungsbeamter P. Eichhorn 1. Vorsitzender, Drogist B. Herrmann 2. Vorsitzender, Lehrer P. Wefschke Schriftführer, Kantor Große Stellvertreter, Gemeindefekretär Reuter Kassierer, Rechnungsbeamter E. Weidling Stellvertreter, Schuldirektor Kadner und Holzwarenfabrikant A. Schmieder als Wegemeister. Die Erhöhung des Beitrages für den Hauptverein und die zunehmende Geldentwertung zwingen zur Festsetzung eines jährlichen Mitgliedsbeitrages von 10 M. Darauf beschloß die Versammlung, Mittwoch den 5. Juli eine Abendwanderung nach Oberbärenburg-Falkenhain und im Herbst eine Wanderung mit anschließendem Länzchen zu veranstalten. Die Studenten- und Schülerherberge soll auch in diesem Jahre in den Pfingst- und Sommerferien geöffnet sein. Herbergsleiter ist Herr Holzwarenfabrikant A. Schmieder. Zur Förderung der Jugendpflege wurde beschlossen, zunächst vier Wanderungen stattfinden zu lassen und zwar am 11. Juni (Führung Lehrer Wefschke), 2. Juli (Führung Schuldirektor Kadner), 16. Juli (Führung Lehrer Sippel), 20. August (Führung Lehrer Söldner). Alles Nähere wird noch durch öffentlichen Anschlag bekannt gegeben werden. Die deutsche Reichs-Eisenbahn-Generaldirektion Dresden teilte dem Verein mit, daß derselbe unter Nr. 1515 in die Liste der Jugendpflegevereine aufgenommen und berechtigt ist, Fahrpreisermäßigungen zu gunsten der Jugendpflege zu beantragen.

Dresden. Die auf der Rückreise von Venua Deutschland durchreisenden allrussischen Delegierten sind vom Minister-

haben. Auf dem ersten Delegiertentage der landwirtschaftlichen Zentralvereine des Norddeutschen Bundes wurde die Gründung eines Delegiertenausschusses unter dem Namen „Landwirtschaftsrat“ beschlossen, bei dem auch die Beteiligung der nicht zum Bunde gehörenden Norddeutschen Zollvereinsstaaten in Aussicht genommen war.

Nach der Reichsgründung konnte dieser Plan dahin erweitert werden, daß man zur Gründung eines gesamtdeutschen Landwirtschaftsrates schritt. 1872 wurde dieser Plan Wirklichkeit, am 9. April 1872 fand die erste konstituierende Versammlung des Deutschen Landwirtschaftsrates in Berlin statt. Eine gesetzlich begründete Gesamtvertretung des landwirtschaftlichen Berufsstandes war mit dem deutschen Landwirtschaftsrat allerdings noch nicht geschaffen und diese Gesamtvertretung fehlt bis heute noch. Der Landwirtschaftsrat beruht auf freiwilligem Zusammenschluß der in den Ländern errichteten landwirtschaftlichen Vertretungen, welche kraft Gesetz oder Verordnung von den Landesregierungen anerkannt sind.

In Deutschland bestehen heute 35 Landwirtschaftskammern, einzelne Länder, wie Preußen, in der Hauptlandwirtschaftskammer und Bayern in der Bayerischen Landesbauernkammer, haben sich seit 1919 noch besondere Landeszentralvertretungen mit öffentlich rechtlichem Charakter geschaffen. Die landwirtschaftlichen Zentral- und Hauptvereine sind meist in die Landwirtschaftskammern aufgegangen, während ihre Unterorganisationen in der Zahl von etwa 6000 den Unterbau der Berufsvertretungen darstellen. Der deutsche Landwirtschaftsrat hat 1920 die Förderung auf Angelegenheiten in eine auf gesetzlicher Grundlage beruhende Reichslandwirtschaftskammer als Spitzenvertretung der regionalen Landwirtschaftskammern gestellt. Auf der Plenarversammlung im vorigen Jahre ist noch einmal über diese Frage eingehend verhandelt und eine Kommission zur Fällungnahme mit den Reichsbehörden eingesetzt worden. Inzwischen liegt ein Entwurf des Reichsernährungsministeriums zu einer vorläufigen Reichslandwirtschaftskammer vor und es ist zu hoffen, daß auf dem gegebenen einfacher Wege das Ziel erreicht wird, der deutschen Landwirtschaft endlich die erwünschte gesetzliche Gesamtvertretung zu geben, nachdem der deutsche Landwirtschaftsrat in 50jähriger erfolgreicher Tätigkeit bewiesen hat, daß es nur des Weiterbaues auf der gesunden Grundlage ohne umfängliche Reformen bedarf.

Am 30. und 31. Mai hält der deutsche Landwirtschaftsrat in München seine Jubiläumssitzung ab. Auf eine gewaltige wirtschaftspolitische Arbeitsleistung kann heute die Zentralvertretung des landwirtschaftlichen Berufsstandes zurückblicken. Er hatte die landwirtschaftlichen Interessen im Gesamtumfang des Deutschen Reiches wahrzunehmen und überall bei der Reichsgesetzgebung und bei Anregungen und Maßnahmen der Reichsregierung nicht nur eingeforderte Gutachten abzugeben, sondern auch unaufgefordert Vorstellungen bei der Reichsregierung zu erheben und sich mit Anträgen an den Reichstag zu wenden.

Staat und Beamtentum.

Stegerwald über das Streikrecht der Beamten.

Als Anlaß zu der Tagung des Gesamtverbandes Deutscher Beamten- und Staatsangestelltenvereine fand in Essen eine Kundgebung des Deutschen Gewerkschaftsbundes statt, bei der Ministerpräsident a. D. Stegerwald sich in einer bedeutungsvollen Rede über die Stellung der Beamten zu Staat und Volk verbreitete. Einleitend betonte er, daß mit dem Jahre 1919 für die Beamtengeschichte eine neue Zeit begonnen habe und führte im Anschluß daran folgendes aus:

„In der Weimarer Verfassung wurde allen Staatsbürgern, somit auch den Beamten, die volle Vereinigungsfreiheit zugesichert. Die Freiheit, die von der Revolution gerichtet worden ist, hat ein großer Teil der Beamtenschaft nicht verstanden. Ein großer Teil des Beamtentums, einst die erste Stütze des Staates, wurde in der Hand radikaler, zum Teil vollständig hemmungsloser Führer, denen jedes Verantwortungsgefühl gegenüber der Staatsgemeinschaft fehlte, zu einer Gefahr für Staat und Volk.

Die gegenwärtigen Vorgänge im Beamtentum sind von der allergrößten staatspolitischen Bedeutung. Den Staatshöchsten Beamten (Verwaltungs-, Justiz-, Polizei- und Steuerbeamten, auch Schulbeamten) kann selbstverständlich kein Streikrecht zugesprochen werden. Nicht ganz so einfach liegen die Verhältnisse bei den Beamten, die in den wirtschaftlichen Unternehmungen des Reiches, bei der Post und der Eisenbahn tätig sind. Streiken in diesen Unternehmungen die Arbeiter, denen ein Streikrecht zusteht, dann können auch die Eisenbahnbeamten allein den Betrieb nicht mehr aufrecht erhalten. Die rechtliche Stellung der Beamten in den staatlichen Betrieben muß mehr an diejenige der Arbeitnehmer der privaten Verufe angepaßt werden. Arbeiter und Angestellte besitzen heute im Verkehrsgewerbe schon ein Schiedsverfahren, von dem die Beamten ausgeschlossen sind. Wenn man den Beamten in den wirtschaftlichen Betrieben des Reiches das Recht des Streikes nicht zugesetzt, so müßte der Staat dafür andererseits ein Äquivalent schaffen. Der Gesamtverband Deutscher Beamten- und Staatsangestelltenvereine steht dieses Äquivalent in einem einheitlichen Schlichtungsgesetz, in das die Beamten mit einbezogen werden sollen.

Die Perspektivierung des deutschen Volkes in ein Duzen Parteien und der sorglose Wohlstand in den Ministerien sind letzten Endes auch eine Ursache für die zerkleinernden Erscheinungen im Beamtentum. Dem Beamten muß wieder ein Teil seiner ehemaligen Ehrenstellung eingeräumt werden, ein Teil des Titels und Ordenswesens muß wieder zur Einführung gelangen. Schließlich müssen die Beamten die Selbsthilfe, wie sie auf dem Gebiete des Spar- und Kreditwesens, des Wohnungswesens und der Warenversorgung möglich ist, noch weiter ausbauen und pflegen.

Der Redner schloß dann unter großem Beifall mit folgenden Sätzen: Ein wirtschaftlicher Aufstieg unserer Beamtenschaft ist nur möglich durch Befreiung der drückenden Fesseln des Friedensvertrages. Das Geschick der deutschen

Beamtenschaft wie der Staatsbediensteten und Staatsarbeiter ist heute mehr denn je mit dem Geschick der deutschen Volksgemeinschaft auf Gedeih und Verderb verknüpft. Volk und Beamte, Volk und Staatsbedienstete müssen in gemeinsamer Arbeit für eine bessere Zukunft des Volksstaates arbeiten.“

Einigung im Reichskabinett.

Annahme der Pariser Vereinbarungen
Die Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Reichskanzler und dem Reichsfinanzminister sind durch eine Verständigung beigelegt worden. Das Kabinett hat sich einstimmig für die Annahme der Vorschläge, die Minister Hermes mitgebracht hatte, entschieden und eine entsprechende Note an die Reparationskommission gesandt.

Bekanntlich hatte Hermes mit der Reparationskommission vereinbart, daß unter der Voraussetzung der Gewährung einer auswärtigen Anleihe die deutsche Regierung den Reichs-Etat nach dem Stand der schwebenden Schuld vom 31. März ins Gleichgewicht bringen werde, eventuell durch neue Steuern. Der Kanzler dagegen war der Auffassung, daß es für Deutschland in nächster Zeit unmöglich sei, zu neuen Steuern zu greifen und daß es unmöglich sei, sich an den Stand der schwebenden Schulden vom 31. März zu binden, da jede neue Gehaltsforderung der Beamten und jede Senkung des Marktwertes die Einhaltung dieser Zusage unmöglich machen müsse. Er forderte deshalb eine Klausel, wonach bei „höherer Gewalt“ die Bindung an den Höchstbetrag der schwebenden Schuld vom 31. März außer Kraft treten solle. Eine inoffizielle Rückfrage in Paris ergab jedoch, daß die Reparationskommission die Einschaltung einer sogenannten „Katastrophenklausel“ ablehnte, jedoch durchblicken ließ, daß bei „höherer Gewalt“ ja alle vertraglichen Bindungen außer Kraft treten. Auf Grund dieser Antwort ließ sich das Kabinett schließlich zur Annahme der Pariser Vereinbarungen bewegen.

Unmittelbar nach der Kabinettsitzung trat der Auswärtige Ausschuss des Reichstages zusammen und erörterte das gesamte Reparationsproblem. Die verteilte Aussprache des Auswärtigen Ausschusses, an der sich der Reichskanzler, der Reichsfinanzminister und der Reichswirtschaftsminister sowie Vertreter aller Parteien beteiligten, dauerte bis zehn Uhr abends. Ein Antrag auf Beschlußfassung wurde nicht gestellt. Die aus den Pariser Besprechungen sich ergebende Note an die Reparationskommission wurde durch einen Kurier nach Paris gesandt und am Montag der Reparationskommission übergeben.

Ratifizierung des Rapallo-Abkommens erst nach Pfingsten.

Nachdem die Beratung über die Antwort an die Reparationskommission feststand, befaßte sich der Ausschuss eingehend mit dem deutsch-russischen Vertrag von Rapallo. Der Text des Vertrages von Rapallo ist noch nicht endgültig formuliert worden, und daher konnte den Mitgliedern des Reichstages die Denkschrift darüber nicht zugänglich gemacht werden. Die Abstimmung über den Vertrag dürfte, wie man in politischen Kreisen annimmt, erst nach Pfingsten erfolgen.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 30. Mai 1922.

— Reichspräsident Ebert hat zu dem 1. Juli stattfindenden Eröffnung der Mitteldeutschen Ausstellung in Magdeburg sein Erscheinen zugesagt.

— Die Sowjetregierung ließ weitere 84 Geiseln wegen Widerstandes gegen die Einweisung der Kirchenhäuser verhaften.

— Die französische Regierung überbot 500 000 Kronen für die Opfer der Expedition in Blumau.

Holland: Die Einladung nach dem Haag.

Die Einladungen zu der Konferenz, im Haag sind vom Präsidenten der Konvention von Genoa in Vereinbarung mit der Niederländischen Regierung versandt worden. Demnach sollen am 28. Juni im Haag zwei Kommissionen zusammentreten. Die eine soll aus Sachverständigen der Staaten bestehen, die an der Konferenz von Genoa teilgenommen haben, mit Ausnahme von England und Deutschland. Die andere Kommission soll nur aus russischen Sachverständigen bestehen.

Frankreich: Clemenceau „Friedenspräsident“.

Bei der Enthüllung eines Denkmals zu Ehren der gefallenen Soldaten des Schanailans Clemenceau in Nantes hielt der ehemalige Ministerpräsident Clemenceau eine Gedächtnisrede, in der selbstverständlich das Märchen von dem angeblichen Frelidenswillen der Franzosen nicht fehlte. Der alte Tiger scheint ganz vergessen zu haben, daß er Jahrzehnte lang die Mesange für 1870 gepredigt hat und daß er der Haupturheber des Gewalttätigen von Versailles ist. Heute beteuert er mit heuchlerischer Miene: „Wir wünschen keinen Krieg, wir wünschen Frieden, aber wir sind fähig, Krieg zu führen. Auch 1914 wollten wir keinen Krieg.“ Krieg wollen wir auch heute nicht; aber wir wollen auch keinen entehrenden Frieden. Wir werden unsere Alliierten nicht aufgeben, wir wünschen im Gegenteil, ihre Verbündeten zu bleiben, aber wir wünschen ein wenig Gerechtigkeit für uns. Wir erkennen an, daß sie uns geholfen haben, und wir werden nie vergessen, was wir ihnen schulden. Aber sie ihrerseits müssen uns verstehen und dürfen uns nicht irgendwelche Hintergedanken zuschreiben, und sie dürfen unsere Interessen nicht anderen Interessen opfern. Mit einem Wort, es geht nicht an, daß sich die Sieger vor den Besiegten beugen. Wir wollen alles tun, um den Frieden aufrecht zu erhalten, aber es gibt Grenzen, über die wir nicht zurückgehen werden.“

— Die „Voraussetzung“ für Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund. Die Londoner „Times“ meldet, es bestie Grund zu der Annahme, daß der Völkerbund bei seiner Tagung im September aufgefordert werde, die Frage der Aufnahme Deutschlands in den Bund zu erwägen. Bei einer Sitzung des Völkerbunds Anfang Mai sei diese Frage unter sucht worden. Es verlautete, daß der Völkerbund

für die Aufnahme Deutschlands war, „vorausgesetzt, daß es in der Frage der Reparationen am 31. Mai Aufrichtigkeit und guten Willen zeigt“. — Die Aufnahme Deutschlands hängt letzten Endes nicht von der Gnade und Barmherzigkeit der Alliierten, sondern von Deutschland selbst ab. — Nach dem bisherigen Verhalten des Völkerbundes besteht in Deutschland keinerlei Neigung, um Aufnahme in die „Organisation zur Durchführung der Ententebeschlüsse“ nachzusuchen.

— Wiesberts über Genoa und Paris. Auf dem Silbernen Jubiläum der katholischen Arbeitervereine in Nürnberg hielt der Reichspostminister Wiesberts in Vertretung des am Erscheinen verhinderten Reichskanzlers Dr. Wirth eine längere Rede, in der er auch auf die außenpolitischen Vorgänge der letzten Wochen zu sprechen kam. Der Minister erklärte, die Verhandlungen in Genoa und Paris hätten unseren Feinden klar gemacht, daß unsere Verpflichtungen aus dem Versailler Vertrag nicht so, wie sie es wünschten, erfüllt werden könnten. Das deutsche Volk solle sich aber nicht täuschen, es komme so leicht nicht aus der Affäre heraus; es werde noch schwere Opfer bringen müssen. Was Positives aus Genoa herauskomme, das werde sich erst später zeigen. Soviel feste sei, daß in Genoa die Welt vom Deutschtum jetzt schon einen anderen Begriff bekommen habe, als vor dieser Zeit. Die Pariser Verhandlungen hätten unseren Gegnern gezeigt, daß die bisher betriebene Politik nicht fortgesetzt werden könne. Wenn uns keine internationale Anleihe zu günstigen Bedingungen gewährt werde, so könne Deutschland unmöglich so weiter bestehen. Der Minister hofft, daß man auf den Boden der Verständigung trete, die es Deutschland ermögliche, seinen Verpflichtungen nachzukommen.

— Abtransport sämtlicher amerikanischer Rheinlandtruppen? Ueber die Räumung des Koblenzer Brückenkopfes durch die amerikanische Besatzungsarmee gehen die verschiedenartigsten Gerüchte um. Nach französischen Meldungen soll lediglich eine Verminde rung der Truppen in Betracht kommen. Jetzt hat der zurzeit in Paris weilende amerikanische General Harbord, der von einer Inspektionsreise in die amerikanische Besatzungszone im Rheinland zurückgekehrt ist, erklärt, als er Washington verlassen habe, seien die Anordnungen zum Abtransport sämtlicher Offiziere und Mannschaften der amerikanischen Rheinlandtruppen bis zum ersten Juli getroffen gewesen, außer für ein kleines Kontingent, das noch die etwaigen Ansprüche gegen die amerikanischen Truppen zu erledigen und über die von den Amerikanern zurückgelassenen Vorräte Verfügung zu treffen habe. Er nehme nicht an, daß bei dem gegenwärtigen Stande der öffentlichen Meinung in Amerika irgendwelche Truppen über den 1. Juli hinaus im besetzten Gebiet zurückgelassen werden würden.

— Die Demokraten gegen die rheinischen Sonderländer. Der Demokratische Parteiausschuß hielt im Reichstagsgebäude eine Sitzung ab und faßte u. a. einen Beschluß, wonach die rheinischen Mitglieder des Parteiausschusses erklären, daß nach ihrer Kenntnis die leghin verbreitete Nachricht, von Rheinlandern seien Verhandlungen über die Errichtung einer Rheinischen Republik unter englischem Protektorat eingeleitet worden, falsch ist und nicht einmal gutgläubig aufgestellt sein könne. Obwohl unter den in dieser Nachricht genannten Personen sich kein Angehöriger der deutsch-demokratischen Partei befinde, erkläre der Parteiausschuß erneut, daß die Partei niemand in ihrer Mitte dulden werde, der zu irgendeiner Zeit und aus irgendwelchen Gründen die Errichtung einer Rheinischen Republik betreibt.

— Die Betriebsrätewahlen bei der Eisenbahn. Das Ergebnis der Betriebsrätewahlen bei der Eisenbahn liegt nunmehr vollständig vor. Es erhielten bei der Wahl zu den Hauptbetriebsräten der Deutsche Eisenbahnerverband 301 970, der Allgemeine Eisenbahnerverband 35 575, die Christliche Gewerkschaft 45 272 und die Kommunisten 29 550 Stimmen. Ueber drei Viertel aller abgegebenen Stimmen entfielen also auf den Deutschen Eisenbahnerverband.

Poincaré gibt nach.

— London, 29. Mai. Nach einer Mitteilung der „Sunday Times“ soll Poincaré der britischen Regierung offiziell mitgeteilt haben, daß er die Einmarschpläne für den 31. Mai aufgegeben habe. Der Pariser Berichterstatter der „Times“ stellt eine Besserung in den offiziellen französisch-englischen Beziehungen fest.

Kein Einmarsch in Ruhrgebiet.

— Paris, 29. Mai. In einer Sitzung des Ministerrates sind die dem Kriegsmiester erteilten Aufträge zur Vorbereitung einer Ausdehnung der Besetzung des Rheins rückgängig gemacht worden. Der Beschluß lautet dahin, daß die bereits abtransportierten Truppenverbände bis auf weiteres an dem Ort verbleiben, wo sie sich befinden. Die noch vorgehenden Transporte haben zu unterbleiben. Die Truppen der aktiven Regimenter sind, wenn keine Gegen aufträge erfolgen, bis zum 2. Juni in ihre Garnisonen zurückzubringen.

Zunächst eine Dossarmilliarde.

— Paris, 29. Mai. Wie die „Chicago Tribune“ berichtet, beabsichtigt die internationale Anleihekommission, Deutschland zunächst eine Anleihe von einer Milliarde Dollars an Deutschland zu gewähren. Gleichzeitig würden aber die Pläne für eine Reihe derartiger Anleihen entworfen werden, die innerhalb 15 bis 20 Jahren begeben werden könnten. Dessen Ausgabe würde aber nur erfolgen, wenn die erste Anleihe gut gezeichnet würde. Das Wort glaubt zu wissen, daß der Gesamtbetrag der Anleihe Frankreich, Belgien und Italien als Reparationszahlungen zugute käme.

Der Tod Liebknechts und Rosa Luxemburgs.

— Berlin, 29. Mai. Der „Vorwärts“ veröffentlicht unter der Überschrift „Der Mord im Edenhof“ eine längere Aussage des Jägers Runge über die Ermordung Liebknechts und Rosa Luxemburgs. Runge gibt an, von verschiedenen Offizieren den Befehl zur Tötung der beiden Verhafteten erhalten zu

Haben, er selbst will jedoch der Frau Eugenburg des nerlei Verletzungen zugefügt, sondern sie nur leicht gestochen haben, um den ihm erteilten Befehl auszu führen. Die Offiziere hätten ihm nämlich gedroht wenn er den Befehl nicht ausführte, dann müßte er auch sterben. Beim Abtransport sei Leutnant Krull auf das linke Trittbrett gesprungen und habe der Frau Eugenburg eine Kugel in den Kopf geschossen. Hinsichtlich Liebknechts will Kunge von einem Be teiligten erfahren haben, daß dessen Fluchtversuch künst lich herbeigeführt worden sei.

Aus Stadt und Land.

Heimkehr der Wiener Säger. Der Wiener Männergesangsverein hat vor dem Verlassen des Reiches ein Telegramm an den Reichspräsidenten geschickt, in dem er seinen Dank für die herzliche Aufnahme ausdrückt und seine Zuversicht auf Berücksichtigung des deutschen Ideals zum Ausdruck bringt. Bei der Rückkehr nach Wien wurde den Sängern ein feierlicher Empfang bereitet, zu dem auch der deutsche Gesandte, sowie Vertreter des Bundes der Reichsdeutschen und anderer deutscher Vereinigungen erschienen waren. Bei der Begrüßung hieß Gesandter Dr. Pfeiffer die heimkehrenden Säger herzlich willkommen und beglückwünschte sie zu ihren Erfolgen im Reich. Er schloß mit einem förmlich aufgenommenen Hoch auf den Wiener Männergesangsverein, an dessen Vereinsbanner er einen mit einem goldenen Band umschlungenen Lorbeerkranz befestete. Nach weiteren Ansprachen, in denen die unzerstörbare Zusammengehörigkeit aller Deutschen zum Ausdruck kam, fand der feierliche Empfang und damit die Deutschlandsfahrt des Wiener Männergesangsvereins mit dem Absingen des Liedes „Deutschland, Deutschland über alles“ den Abschluß.

Eisenbahnunglück in Köln. In Köln fuhren in der Nähe des Hanfaringes zwei einfahrende und ein ausfahrender Personenzug zusammen. Die einfahrendenzüge waren, soweit bisher feststellbar, der von Cleve kommende Zug 332 und der von München-Gladbach kommende Zug 80. Der ausfahrende Zug von Köln-Hauptbahnhof nach Frankfurt a. M. bestimmte Zug 252. Tote sollen nicht zu beklagen sein. Die Zahl der Verletzten ist noch nicht genau festgestellt.

Die Cholera in Moskau. Wie die Polnische Telegraphen-Agentur aus Moskau meldet, sind in den letzten Tagen 27 Cholerafälle festgestellt worden. Die Cholera tritt auch in Petersburg epidemisch auf.

Ein Fuhrwerk vom Zug überfahren. Bei Lauen (Schlesien) überfuhr der Personenzug 239 ein Fuhrwerk des Gutsbesizers Knipper aus Vogau. Der Besitzer und dessen Sohn sind tot. Die Frau und der Kutscher sind schwer verletzt. Die Untersuchung über die Ursache des Unfalls ist eingeleitet.

Nach dem Genuß von Pferdefleisch erkrankt. 46 Personen mußten in Eilenburg ins Krankenhaus wegen Pferdefleischvergiftung eingeliefert werden. Drei Personen, zwei Frauen und ein Kind, sind bisher an dem durch den Genuß des Fleisches hervorgerufenen Paratyphus gestorben. Das Fleisch war beim Eilenburger Metzschlächter gekauft worden. Es stammt von vorchristlichmässig untersuchten Schlachtieren.

Ein Braunkohlenwerk eingesehert. Bei einem Gewitter schlug der Blitz in das im Tagebau betrie-

bene Braunkohlenbergwerk Grube Berta bei Coswig ein. Die ausgedehnten Bergwerksanlagen sind völlig eingesehert.

Aus Liebestummer ins Wasser gegangen. In Frankfurt am Main sprangen aus Liebestummer drei Dienstmädchen eines Krankenhauses eng umschlungen in den Main, um sich das Leben zu nehmen. Während eines der Mädchen gerettet werden konnte, ertranken die beiden anderen.

Ein Unglück kommt selten allein... Ueber dem Orte Blumau bei Wiener-Neustadt, wo sich eine folgenschwere Munitionsexplosion ereignete, entlud sich ein heftiges Gewitter. Der Blitz schlug an mehreren Stellen ein und tötete zwei Arbeiter.

Schwere Unwettergewitter.

Köln, 29. Mai. Ein furchtbares Unwetter hat den Ort Euchenheim und die benachbarten Orte heim gesucht. Hagelkörner so groß wie Taubenier zerstückten die herrlich stehende Feldfrucht und vernichteten alles Gemüse. In Flammersheim fanden zwei Kinder in den Fluten den Tod. Telefon und Lichtleitungen wurden an vielen Orten zerstört.

Schwere Gewitterschäden.

Nostorf, 29. Mai. Ueber ganz Mecklenburg gingen schwere Gewitter nieder, die vielfach großen Schaden anrichteten. In der Umgebung von Neustrelitz vernichtete ein Hagel die Baumbäume. In Mustis im Rauenburger Lande brannten zwei große Bauernhöfe Haack und Barnde ab; mit den Scheunen und Stallungen ging zahlreiches Vieh zugrunde. Auch in Schleswig-Holstein haben schwere Unwetter vielerorts Schaden angerichtet. Zahlreiche Blitschläge trafen namentlich landwirtschaftliche Besitztümer und Mühlen und äscherten diese ein. Besonders viel Vieh wurde vernichtet.

Kleine Nachrichten.

Der Dampfer „Holslein“ aus Oldenburg ist mit 13 Personen Besatzung verschollen.

Auf einer Autofahrt von Hamburg nach Frankfurt ist der Milchhaber der Getreidefirma K. und G. Reumond in Frankfurt a. M. bei Marburg tödlich verunglückt. Sein mitfahrender Bruder aus Amerika Karl Reumond wurde ziemlich schwer verletzt.

Gedenktafel für den 30. Mai.

1265 * Dante Alighieri in Florenz († 1321) — 1431 Jeanne d'Arc, die Jungfrau von Orleans, in Rouen verbrannt (* 1412) — 1640 † Der Maler Peter Paul Rubens in Antwerpen (* 1577) — 1778 † Der Philosoph R. M. W. de Voltaire in Paris (* 1694) — 1813 Die Franzosen besetzen Hamburg — 1814 Friede zu Paris zwischen Frankreich und den Alliierten — 1916 Sieg der Oesterreicher über die Italiener bei Asago-Arterio — 1918 Vorstoß der Deutschen bis zur Marne.

Der Stand der Markt. Es kosteten nach den amtlichen Notierungen der Berliner Börse am

	29. 5.	27. 5.	1914.
100 holländische Gulden	10936	11385	167 — M.
100 belgische Franken	2374	2441	80 — „
100 dänische Kronen	8142	8352	112 — „
100 schwedische Kronen	7265	7520	112 — „
100 italienische Lire	1478	1523	80 — „
1 englisches Pfund	1248	1297	20 — „
1 Dollar	280	288	4,40 — „
100 französische Franken	2561	2645	80 — „
100 schweizerische Franken	5363	5553	80 — „
100 tschechische Kronen	638	661	— — „

Der Rhein—Main—Donau-Kanal.
München, 29. Mai. Die ersten Bauarbeiten am Rhein—Main—Donau-Kanal sind mit der Donauregullierung durch Sprengungsarbeiten auf der schwierigen, 30 Kilometer langen Felsenstrecke von Hofkirchen bei Passau begonnen worden. Zunächst wird dort ein Stauwerk gebaut, das ein Großkraftwerk mit 42 000 Pferdekraften betreiben soll und in wenigen Jahren fertig sein wird.

Kirchen-Nachrichten.

Dippoldiswalde. Mittwoch den 31. Mai 1922. Abends 8 Uhr Männerbibelstunde in der Brauhofstraße 310 D. (Text: Hebräer 8 ff.)
Ripsdorf. Abends 8 Uhr Bibelstunde. (Vergpredigt 10: Der Christ und der Welt.)
Reichstädt. Vorm. 10 Uhr Wochenkommunion.

Schlachtviehpreise auf dem Viehhof Dresden am 29. Mai 1922.

Kat-	Bezeichnung	Preis für 50 kg im Mast	Preis für 50 kg im Lebend-
	I. Rinder: A. Ochsen.		
68	1. Vollfleischige, ausgewästete, höchsten Schlachtwertes bis zu 6 Jahren	2500—2700	4550—4900
	2. Junge, fleischige, nicht ausgewästete, ältere ausgewästete	2200—2400	4250—4550
	3. Mäßig genährte junge, gut genährte ältere	1500—1800	3200—3825
	4. Gering genährte ältere jed. Alters B. Bullen.	1000—1200	2560—3010
98	1. Vollfleischige, ausgewästete, höchsten Schlachtwertes	2150—2550	4225—4400
	2. Vollfleischige jüngere	2000—2300	3610—4175
	3. Mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere	1500—1700	2900—3250
	4. Gering genährte	1000—1200	2250—2650
200	1. Vollfleischige, ausgewästete, höchsten Schlachtwertes	2500—2700	4550—4900
	2. Vollfleischige, ausgewästete, höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren	2200—2400	4250—4550
	3. Keltere, ausgewästete Rinde und gut entwickelte jüngere Rinde und Ralben	1500—1800	3350—4000
	4. Gut genährte Rinde und mäßig genährte Ralben	1200—1400	3000—3350
	5. Mäßig und gering genährte Rinde und gering genährte Ralben II. Ralber.	800—1100	2350—3010
1102	1. Doppellender	—	—
	2. Beste Mast- und Saugläder	2700—2900	4350—4675
	3. Mittlere Mast- und Saugläder	2400—2600	4000—4325
	4. Geringe Ralber	1800—2100	3275—3810
245	1. Mastlamm und jüngere Mastlamm	2300—2400	4600—4800
	2. Keltere Mastlamm	1600—2000	3575—4400
	3. Mäßig genährte Hammel und Schafe (Vergschafe)	800—1300	2125—3350
	IV. Schweine.		
1600	1. Vollfleischige der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1 1/2 Jahren	3500—3600	4500—4900
	2. Fettfleischige	3600—3700	4510—4625
	3. Fleischige	3100—3300	4125—4400
	4. Gering entwickelte	2600—2800	3725—4000
	5. Sauen und Eber	2500—3300	3300—4400

3313 Ausnahmepreise über Notiz. Geschäftsgang: Rinder langsam, Schafe und Schweine mittel.

Auslands-Zucker

Jedes Quantum liefert

Otto Zeller.

Tolles Zahnweh

Mit sofort Dr. Hofmeyer's desillierter Zahnpasta. Zu haben bei Hermann Lommatzsch, Drogerie am Elefanten, Dippoldiswalde.

Sie

glücken gar nicht wie produktiv die Erhaltung und wie wunderbar die Wirkung d. edl.

Nerv Bay Ram

Für das Haar und die Kopfhaut. Zu haben bei G. Mach, Parfümerie, Markt.

Altes Gold und Silber

Kauft zu höchsten Preisen. F. Mieth, Herren-gasse 91, Dippoldiswalde.

Parfüms

Herrn Lommatzsch, Drogerie am Elefanten, Dippoldiswalde.

Programme druckt Carl Jehne.

Ein Eisdrank

45 x 5 cm 90 cm hoch, Fabrikat Eichenbach, erst einen Sommer in Gebrauch gewesenes ein Damenrad ohne Freilauf und Reitenrad, gebraucht sowie eine neu, gebr. Waschmaschine, Marke Saelena, zu verkaufen

R. Schleich, Reimoldsbahn.

Wenig gebrauchter Sportwagen mit Plane zu kaufen gesucht. Zu melden in der Geschäftsstelle.

Schlacht-pferde

Kauft am höchsten Tagespreis. Hochschlächter Paul Sieber, Tel. 97.

Ein Paar gut erhaltene weiße Halbschuhe

billig zu verkaufen. Gr. Mühlstraße 281 B, part.

Wir halten unsere Kassen und Büros

am Pfingst-Sonntag

den 3. Juni 1922

geschlossen.

Chemnitzer Bank-Verein

Zweigstelle

Dippoldiswalde

Wir sehen uns genötigt, den Bezugspreis unseres Blattes für Monat Juni auf

M. 18 — frei ins Haus

M. 16. — bei Abholung in der Geschäftsstelle festzusetzen.

Sodachtungsvoell!

Geschäftsstelle der Weizsäcker-Zeitung.

Für 1. Juli d. J. ist abgemacht

Konto-Korrent-Buchhalter

nach Dippoldiswalde gesucht.

Bewerbungen unter „J. B. 700“ an die Geschäftsstelle erbeten.

Maurer und Zimmerer

für dauernde Arbeit sucht

Baumeister Max Dette, Schmiedeberg

Achtung! Achtung!


Kaufe wieder Mittwoch den 31. Mai und Donnerstag den 1. Juni bis mittags 1 Uhr in Dippoldiswalde, Markt-Platz, 2. Stock, alle Arten Lumpen, sämtliche Metalle zu Tagespreisen. alten Wäsche

Walter Polako, Dresden.

Für alle uns aus Anlaß unserer Vermählung und Einzuges dargebrachten Ehrungen, Glückwünsche und wertvollen Geschenke sagen wir in liebim Namen untrer lieben Eltern unsern herzlichsten Dank.
Borsna und Obercunnersdorf, den 21. Mai 1922.
Rudolf Lehmann und Frau Antonie, geb. Gräßl.

Saalinhaber-Verband Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde.
Donnerstag den 1. Juni nachmittags 3 Uhr
Versammlung
im Gasthof zur Talperre Walter. Wichtige Tagesordnung. Mit kollegialem Gruß der Vorst. ab.
Ein jüngerer Brettschneider
in dauernde Stellung gesucht.
Arthur Rißner, Baugelader, Dippoldiswalde.
Wer ist Käufer für Birke, Eiche, Buche auf dem Stamm?
Angebote unter „L.“ an die Geschäftsstelle.

Nachdem wir unsere gute Gattin und Mutter **Frau Anna Kleber, geb. Heber,** welche uns so pädagogisch und unerwartet durch den Tod entzogen wurde, zur letzten Ruhe gebettet haben, ist es uns ein Herzensbedürfnis, allen, die uns in den letzten schweren Zeiten treu zur Seite standen sowie durch die vielen Beweise aufrichtiger Ergebung der lieben Vergangenheit durch Wort, Gesang und Schrift sowie herzlichen Blumenhuld und freiwilliges Tragen und Gehen zur letzten Ruhe die Teilnahme zu bezeugen, unsern herzlichsten Dank nur hierdurch zum Ausdruck zu bringen.
Sellersdorf, am Begräbnistage.
Der tieftrauernde Gatte nebst Kindern.

Drucksachen aller Art

Carl Jehne, Dippoldiswalde

Sächsisches

Dem sächsischen Landtag ist soeben von der Regierung eine Vorlage zugegangen, durch die diese unter Einfügung eines neuen Titels 8a beim Kapitel 32 des Haushaltsplanes ermächtigt werden soll, denjenigen Ministern, die ihre Familienwohnung außerhalb Dresdens beibehalten und einen doppelten Haushalt führen, Entschädigung hierfür im Jahresbetrage von 30 000 M. zu gewähren. Dieser Vorgang ist beispiellos. Früher bezogen die sächsischen Minister nur drei Fünftel der Bezüge der preussischen Minister und selbstverständlich auch entsprechend weniger als die Reichsminister. Erst im letzten Sommer wurde in der damaligen Besoldungsvorlage von Minister Lipinski die Erhöhung der Bezüge der sächsischen Minister auf die der Reichsminister und die der preussischen Minister verlangt und im Landtag durchgesetzt, obwohl von sämtlichen bürgerlichen und auch von der eigenen Fraktion des Herrn Lipinski Bedenken gegen eine so hohe Einstufung erhoben wurden. Für diese Gleichstellung war damals mit angeführt worden, daß jetzt manche Minister in Sachen einen doppelten Haushalt führen. Der Einwand des Ministers Lipinski, die Reichsminister und die preussischen Minister bezögen noch eine Aufwandsentschädigung, ging deshalb fehl, weil diese Minister verpflichtet sind, diesen Betrag im Interesse ihres Amtes zur Repräsentation zu verwenden. Jetzt sollen nun trotz dieser damaligen höheren Einstufung die sächsischen Minister, die einen doppelten Haushalt führen, auch noch eine besondere Zulage von jährlich 30 000 M. erhalten. Man muß wirklich sagen, die Herren verstehen es, ihre Dienste gehörig einzuschätzen. Wenn man bedenkt, daß die Gesamtbezüge eines Ministers jetzt rund 320 000 M. sind, so kann man diese neue Vorlage als in jeder Hinsicht un begründet und als eine Verletzung der einfachsten Regeln der Sparsamkeit bezeichnen, und dabei haben die unabhängigen Minister Lipinski und Riffau, die wohl beide hier in Betracht kommen, als Reichstagsabgeordnete trotz der Abzüge infolge ihres regelmäßigen Fehlens noch eine hübsche Einnahme von allermindestens 30 000 M. aus der Aufwandsentschädigung der Reichstagsabgeordneten.

Freiberg. Im Laufe dieses Sommers werden in unserer Stadt stattfinden: am 12. Juni der Verbandstag der Barbier-, Friseur- und Verleimmacher-Innungen im Freistaate Sachsen, am 17. und 18. Juni die Tagung des sächsischen Landesverbandes für Volksbildung und die Versammlung der Vertreter sächsischer Volkshochschulen, am 30. Juni und 1. Juli die Tagung der Gesellschaft der Freunde unserer Bergakademie sowie der Braunkohlenstiftung, am 1. und 2. Juli der Regimentstag des Landwehr-Regiments Nr. 102, vom 8. bis 10. Juli die Bundesversammlung des Sächsischen Militärvereinsbundes, am 22. und 23. Juli der Regimentstag der früheren Angehörigen des 182. Infanterie-Regiments und am 29. und 30. Juli der 12er Jägertag.

Pirna. Zu einem Pirnaer Heimuseum soll jetzt das in den Räumen des alten Dominikanerklosters untergebrachte und mit dem Gebirgsvereinsmuseum verbundene städtische Museum ausgestaltet werden. Die Heimatkunde im weiteren Sinne will man darin durch entsprechende Sammlungen zur Geltung bringen und damit zur Förderung des Heimatstundes beitragen. Geplant ist u. a. die Einrichtung einer alten Pirnaer Stube mit allem, was dazu gehört. Natürlich bedarf es zur Ausführung solcher Pläne nicht unwesentlicher Geldmittel. Um dieselben zu beschaffen, sollte eine Lotterie veranstaltet werden; leider ist aber die Genehmigung hierzu vom Finanzministerium versagt worden. Man läßt den Mut aber trotzdem nicht sinken, sondern trachtet darnach, die Mittel auf andere Weise aufzubringen. In diesem Dienste steht nun ein großes Volksfest, das im Laufe dieses Sommers in Pirna stattfinden und mit sportlichen Veranstaltungen usw. derart ausgestaltet werden soll, daß es in der Lage ist, die erhoffte Anziehungskraft auszuüben. Ein Arbeitsausschuß ist hierfür bereits in Tätigkeit.

Oberlungwitz. Für den Kirchturnbau wurden durch Hausammlung 26 568 M. und durch Anleihezeichnung 750 000 M. ausgebracht.

Waldenburg. Die städtischen Kollegien beschlossen mit dem Rochlitzer Gaswerk einen Vertrag für Ferngasversorgung abzuschließen.

Cunewalde bei Lobau. Nachdem der Gemeinderat Cunewalde infolge der letzten Vorgänge beschlußunfähig geworden ist, hat die Amtshauptmannschaft mit dem Bezirksausschuß nach § 89 der Landgemeindeordnung beschlossen, 3 Personen zur vorläufigen Führung der Gemeindeverwaltung zu betrauen.

Jittau. Zu einer großen Gesamtgemeinde vereinigt haben sich jetzt die beiden bedeutenden ländlichen Industrieorte Leutersdorf und Neuleutersdorf bei Jittau. Nach Vollziehung des Vereinigungsvertrages beschloß der Gemeinderat von Leutersdorf auf Anregung des Vorstehenden einstimmig, dem Gemeinderat von Neuleutersdorf aus den Beständen der Altershilfe den Betrag von 3000 M. zur Verteilung an dortige alte und bedürftige Einwohner zur Verfügung zu stellen.

Politische Rundschau

Die Umorganisation der Schutzpolizei. Am 25. Mai, also innerhalb der von der Interalliierten Militärkontrollkommission gesetzten Frist, sind die von der Regierung der deutschen Länder aufgestellten Pläne über die künftige Organisation der Ordnungspolizei der Kommission überreicht worden. Nur Änderungen war mit Rücksicht auf die sich kurzzeitig dort voll-

ziehende staatsrechtliche Umbildung noch nicht in der Lage gewesen, seinen Plan fertigzustellen. In dem Antwortschreiben des Auswärtigen Amtes an die Kontrollkommission ist darauf hingewiesen, daß die vorgesehenen Umorganisationen Zeit verlangen und mit Rücksicht auf das Personal und auf die Aufrechterhaltung eines geregelten Polizeidienstes nur allmählich zum Abschluß gebracht werden können. Dem entsprechend sind die Pläne aufgestellt. Die ersten Ausführungsordnungen sind gemäß den Forderungen der Kommission in der Note vom 23. März fristgemäß, d. h. bis zum 25. Mai, erlassen worden.

Die Bekämpfung der Einwanderung aus dem Osten. Die deutschnationale Landtagsfraktion hat an die preussische Regierung eine große Anfrage gerichtet, in der auf die zunehmende Einwanderung von Ostjuden nach Preußen aufmerksam gemacht wird. Aus einer Denkschrift des Reichsministeriums des Innern geht hervor, daß sich vor dem Kriege schätzungsweise 50 000 Ostjuden als Arbeiter in Deutschland befanden. Dazu sollen während des Krieges und später noch etwa 105 000 weitere Ostjuden als Arbeiter hinzugekommen sein, von denen 55 000 in Deutschland geblieben sein sollen. Nach sachverständiger Ansicht müssen diese Zahlen hinter der tatsächlichen Zuwanderung erheblich zurückbleiben, da in ihnen nur die Arbeiter gerechnet sind, der größere Teil der Ostjuden aber schließlich als Arbeiter sein Brot in Deutschland sucht. Diese Einwanderung der Ostjuden nach Deutschland, insbesondere nach Berlin, sei vom Standpunkt der deutschen Bevölkerung im höchsten Grade unerwünscht. Die Regierung wird um Aufschluß darüber gebeten, wie es möglich ist, daß trotz des Bestehens verschiedener Schutzvorschriften die Einwanderung diesen Umfang annehmen konnte und welche Schritte gedenkt die Staatsregierung zu tun, um 1. unerwünschte Gäste abzuschieben, 2. eine schärfere Kontrolle auf diesem Gebiete durchzuführen.

Die Deutsche Volkspartei lehnt den Oberschlesienvertrag ab. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat beschlossen, das zwischen Deutschland und Polen in Genf vereinbarte Abkommen über Oberschlesien abzulehnen. Bezüglich der Konferenz von Genua und der jüngsten Reparationsverhandlungen in Paris ist die Deutsche Volkspartei zu dem Ergebnis gelangt, die Beschlüßfassung über diese beiden Punkte so lange auszusetzen, bis das Ergebnis der Beratungen des Auswärtigen Ausschusses dazu vorliegt.

Die Steuern der Hohenzollern. Verschiedentlich war gefragt worden, weshalb die Hohenzollern noch nicht zur Steuerzahlung herangezogen worden seien. Wie dem amtlichen preussischen Pressedienst hierzu vom Finanzministerium mitgeteilt wird, hat eine Gesamtveranlagung des Hohenzollern-Vermögens stattgefunden; gegen diese Veranlagung ist jedoch Verurteilung eingelegt worden, sowohl vom ehemaligen Königshaus, als auch von den Veranlagungsbehörden. Infolgedessen sind die Steuern vorläufig gestundet worden. Geschädigt wird der Fiskus dadurch nicht, da er infolge der Beschlagnahme die ganze Vermögensmasse in Händen hat.

Erhöhung der Krankenversicherungsgrenze auf 60 000 Mark. Der Reichrat hat eine Reihe wichtiger Änderungen zum Krankenversicherungsgesetz beschlossen. Die Grenze für die Versicherungspflicht, die jetzt 40 000 Mark beträgt, wurde auf 60 000 Mark erhöht. Anträge auf noch weitere Erhöhungen wurden abgelehnt. Die Mehrheit des Reichsrates ging dabei davon aus, daß eine allzu starke Erhöhung der Versicherungsgrenze einer Kriegserklärung an die Ärzte gleichkommen würde. Den Krankenkassen wurde das Recht gegeben, die Grundlöhne abermals erhöhen zu erhöhen, woraus sich andererseits wiederum erhöhte Kassenleistungen ergeben. Das Selbstverwaltungrecht der Kassen wurde dahin erweitert, daß die Kasse durch Satzungsänderung über den Höchstbeitrag, der gesetzlich festgelegt ist, hinausgehen darf, in keinen Fällen, in denen dieser Höchstbeitrag nicht zureicht. Die Mindestfrist wurde von 8 auf 14 Tage erweitert. Wochenhilfe und Wochenfürsorge sollen in besonderen Fällen geregelt werden. Zur Wochenhilfe wurde der einmalige Beitrag zu den Entbindungskosten von 100 Mark auf 250 Mark erhöht. Das Stillgeld wurde auf 6 Mark erhöht. Für kinderreiche Familien wurden weitere Vergünstigungen beschlossen.

Annahme des Oberschlesienabkommens im Auswärtigen Ausschuss. Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages beschäftigte sich am Freitag und Sonnabend eingehend mit der ober-schlesischen Frage. Reichsminister a. D. Schiffer berichtete über die Verhandlungen in Genf und machte nähere Mitteilungen über das deutsch-polnische Abkommen. Der Vertreter der Deutschen Volkspartei wies darauf hin, daß die Deutsche Volkspartei seinerzeit gegen die ober-schlesische Entscheidung Verwahrung eingelegt und die Entsendung eines Komitees abgelehnt hat. Aus diesen grundsätzlichen Erwägungen sehe sich die Deutsche Volkspartei nicht in der Lage, dem in Genf erzielten Abkommen ihre Zustimmung zu geben. Der Ausschuss nahm das Abkommen nach Schluß der Aussprache mit großer Mehrheit an. Es wurden dafür abgegeben 14 Stimmen, dagegen 6 Stimmen, die sich aus den Stimmen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei zusammensetzten.

Der Sprachenkampf im Elsaß.

Poincaré hat bekanntlich aus dem Ausfall der letzten Wahlen den etwas reichlich lähnen Schluß gezogen, das Elsaß habe „erneut“ seinen Wunsch „hinausgeschrien“, französisch zu sein. Wer sich die Tatsachen anschaut, erkennt eigentlich, daß diese Ansicht etwas sehr nach — Poincarés Wahrheitsliebe rückt,

denn von einem Plebiszit für Frankreich ist da nicht die Rede. Will man schon eine Formel für die Wahl und ihre Vorbereitung wie auch ihren Ausfall finden, so darf man sie getrost in dem Worte „Regionalismus“ finden, denn ohne Unterschied der Partei haben alle Wahlaufreife immer wieder betont, daß es die Rechte und Ueberlieferungen des Landes gegen das Aufgehen im Franzosentum (Sprache, Schule und Kirche) gelte, und daß man sich für die Aufrechterhaltung der letzten Reste der einstigen politischen Selbständigkeit einzusetzen gedenke.

Eine unbeabsichtigte Bestätigung dieser allgemeinen Stimmung zugunsten eines scharf betonten Regionalismus gibt ein Aufsatz des Straßburger katholischen deutsch geschriebenen Blattes „Der Elsäßer“, der auch durch seine vernichtende Kritik der bisherigen Ergebnisse der amtlich betriebenen Verweissungsmethoden Beachtung verdient.

„Unser Ländchen,“ so heißt es in dem Aufsatz („Am unser Vereinstheater“), „mit seinen engen und beschränkten Verhältnissen kommt sicherlich schwer zu einer Literatur. Wir hatten in den letzten Jahrzehnten (?) in dieser Hinsicht einen klaren Fortschritt zu verzeichnen. Endlich war wieder einmal eine Generation geschult genug, in ihrem literarischen Schaffen an Stelle des Dialektes die Schriftsprache setzen zu können. Doch was wir dadurch erlangen hatten, wurde uns durch politisches Getriebe vererbt. Bis heute sind in der Erlernung der Sprache kaum Fortschritte zu verzeichnen. Das deutsche politische Getriebe hat aufgehört; an seine Stelle trat der radikale Kampf gegen unsere Sprache. Besser ist es also nicht geworden. Man nimmt uns auch noch die Hoffnung auf das kommende Geschlecht, das ja bei den heutigen Schulverhältnissen nicht wird imstande sein, literarisch auch nur das geringste zu leisten.“

Aber eines haben wir in den letzten drei oder vier Jahren gewonnen, das Volk. Die regionalistische Strömung hat die Massen ergriffen; daran ist nicht mehr zu zweifeln, und wenn es die Chauvinisten auch noch so laut verneinen. Und diese Strömung findet den tiefsten Ausdruck im Kampf um unsere Sprache. Wenn auch unsere elsässische Literatur meilenweit davon entfernt ist, im regionalistischen Sinne zu arbeiten (echte Literatur kann überhaupt nicht in solch engen Gesichtskreis eingestellt werden), so ist sie doch ein Ausdruck dessen, was das Volk bewegt, sie ist ein Bild unserer elsässischen Kultur. Für diese haben wir vor dem Kriege gekämpft. Auch heute ist uns lieb und wert, denn wir wollen Kultur und Literatur nicht durch politische Willen betrachten wissen.“

Wird Herr Poincaré, Ministerpräsident der französischen Republik, verstehen, was diese Feststellungen bedeuten? „Elsässer wollen wir sein,“ heißt es in allen Tonarten. Daß man seine ganze Vergangenheit verleugnen möchte, um den Herren in und aus Paris zu gefallen, daran denkt kein echter Elsässer. Und das Gleiche gilt natürlich für die deutschsprachigen Ostfringer, die ihre Eigenart viel zu hoch einschätzen, als daß sie ihr Selbst verschachern zugunsten eines in keiner Weise überlegenen französischen Wofens. Auch wenn es Herrn Poincaré, dem „Lottfringer“, Kummer macht.

Seagerraf!

Der deutsche Seesieg am 31. Mai 1916.

Am 31. Mai vor sieben Jahren war es, als sich die beiden größten Flotten der Welt gegenüberstanden als die junge deutsche Flotte das Märdchen der englischen Unbesiegbarkeit zur See zerstörte.

Am 31. Mai stießen deutsche Hochseeflotten vor um gemeldete englische Flottenteile südlich Norwegens zur Schlacht zu stellen. Das deutsche Aufklärungsgeschwader unter Vizeadmiral Hipper, Schlachtkreuzer, etliche kleine Kreuzer und 20 Torpedoboote sichteten um 4.30 Uhr die Spitze des Feindes, vier kleine Kreuzer, die sofort nach Norden abdrehten. Bei der Verfolgung traf man 5.20 Uhr auf 6 englische Schlachtkreuzer, umgeben von einer Anzahl kleinerer Kreuzer und Zerstörer. Auf 13 Kilometer Entfernung wurde das Feuer eröffnet. Nach halbtägigen Kämpfen griffen von Norden her 5 englische Kampfkreuzer der schweren Queen Elisabeth-Klasse ein, gleichzeitig kam unter Admiral Scheer das deutsche Gros mit 22 Linien Schiffen, vielen kleinen Kreuzern und 80 Torpedoboote heran. Der Feind ließ sofort mit erhöhter Fahrt nach Norden ab und suchte um unsere Spitze östlich herumzuholen. Die deutsche Flotte drehte sofort nach Osten ab und ließ dem Feind parallel auf die südländische Küste zu. Nach etwa 1/2 Stunde tauchte von Norden her die englische Grand Fleet unter Admiral Jellicoe auf, 20 Linien Großkampfschiffe mit einer Division Schlachtkreuzern, vielen kleinen Kreuzern und vier Flotillen Torpedoboote. Unsere Spitze geriet in zwei Feuer, wurde auf Westkurs herumgeworfen, gleichzeitig gingen die Torpedoboote flottillen zum Nahangriff vor. In dreimaligem schneidigem Angriff, der sich bis zur Dunkelheit hinzog, wurde der Feind nach Nord-Osten abgedrängt. Es fanden bis jetzt im Kampfe: 25 englische Großkampfschiffe, 6 Schlachtkreuzer, 4 Panzerkreuzer gegen 16 deutsche Großkampfschiffe, 5 Schlachtkreuzer und sechs ältere Linien Schiffe, sowie auf beiden Seiten dazu noch viele kleine Kreuzer, Zerstörer und Torpedoboote. Die Nacht sah die deutschen Kreuzer und Torpedoboote im Nahangriff gegen den Gegner, der gegen Morgen das Feld geräumt hatte, seine Verwundeten und Schiffbrüchigen den deutschen Torpedoboote überlassend. Ein vom Kanal herbeigezogenes englisches Linien Schiff, reichwader kam am Morgen des 1. Juni in Sicht der Aufklärungsschiffe, drehte aber sofort nach Nord ab.

Dies ist in kurzen Strichen das Bild der Schlacht Der Engländer verlor (amtlich zugeben): 3 Schlachtkreuzer, 3 Panzerkreuzer, 2 große, 8 kleine Zerstörer - dazu jetzt einwandfrei festgestellt: 1 Minierschiff, 1 Panzerkreuzer, 1 K. Kreuzer, 5 Zerstörer, zusammen 1 Kampfeinheiten und 11 Zerstörer, im ganzen 172 88 Tonnen. Die deutschen Verluste betragen mit einem Schlachtkreuzer, 1 Minierschiff, 4 K. Kreuzern, 5 Torpedobooten, zusammen 6 Kampfeinheiten und 5 Torpedobooten 60 720 Tonnen.

Die Behauptung Jellicoes, er hätte die fliehende deutsche Flotte vergeblich verfolgt, widerlegt er selbst durch seine amtliche Meldung seines Eintreffens in dem 300 Meilen vom Kampfplatz entfernten nördlichen Stützpunkt Scapa Flow bereits am 1. Juni. Die deutsche Flotte blieb als Sieger auf dem Schlachtfeld. Es ist durch einen englischen Lügenfeldzug versucht worden, ein Stageral sich ein zweites Trafalgar zuzuschultern; viele haben geglaubt, die meisten gelächelt.

Die Technische Nothilfe im Jahre 1921.

Jeder kennt sie, die stillen Helfer in Stunden der Not, jeder weiß ihre aufopferungsvolle Tätigkeit zu schätzen. Man spricht von ihnen, und weiß über sie doch nichts Genaueres zu berichten. Als kürzlich beim letzten Eisenbahnerstreik 3 junge Nothelfer in Berlin tödlich verunglückten, las man wohl einige Notizen in den Blättern, sonst nichts.

Wer von den Berlinern weiß, daß im Vorjahr in Groß-Berlin allein 13 969 Arbeitsstunden von ihnen geleistet wurden? Auf unsere an Streiks so ruhmvollreiche Hauptstadt fällt allein 1/10 der Gesamtzahl der eingesetzten Nothelfer. Gegen 1920 hat diese Zahl gewaltig abgenommen, von 22 451 auf 10 502, womit nicht gesagt sein soll, daß die Streitwelle zurückgeblieben, die jüngsten Tage beweisen das Gegenteil. Der Großstädter verbindet mit dem Begriff „Technische Nothilfe“ sofort Elektrizität, Wasser- und Gaswerk. Diese drei Kategorien nehmen dabei nur einen Bruchteil des Gesamtumfangs ein. Die Elektrizitätswerke 5,3 Proz., die Gaswerke 4,2 Proz., die Wasserwerke 3,9 Proz. Die Haupteinätze liegen auf dem enorm wichtigen Gebiet des Transportwesens und der Landwirtschaft. Die Einsätze im Transport und Verkehr erreichen mit 36,3 Proz. ihre Höhezahl, die der landwirtschaftlichen Betriebe mit 26,9 Proz. den nächst höheren Prozentsatz. Eine hohe Ziffer an geleisteten Arbeitsstunden und eingesetzten Nothelfern zeigen die Provinzen Pommern, Schleswig-Holstein, Mecklenburg, Ostfriesland-Bremen, Oldenburg. Der pommersche, mecklenburgische und mitteldeutsche Landarbeiterstreik, der Hamburg-Altonaer Fischereistreik: Im Vorjahr gaben die Technischen Nothelfer ein weiteres Betätigungsfeld. In Pommern wurden im Vorjahr 1069 Mann mit 78 074 Arbeitsstunden eingesetzt, in Schleswig-Holstein und Mecklenburg 2642 Mann mit 35 634 Arbeitsstunden, in Ostfriesland-Bremen-Oldenburg 1551 Mann mit 191 988 Arbeitsstunden. In diesem Jahre stieg die Einsatzzahl der Technischen Nothilfe wieder rapide. Das erste Vierteljahr allein sah mehr eingesetzte Nothilfe als im ganzen vergangenen Jahr zusammen. Der riesige Eisenbahnerstreik im Februar mit all seinen tausendfältigen Verzweigungen nahm die Nothilfe in hohem Maße in Anspruch. Es ist auch nicht zu erwarten, daß sie in der Folgezeit weniger gebraucht werden sollte. Wohl ist sie allen staatsfeindlichen Elementen ein Dorn im Auge, aber der Bürger, der Mittelstand weiß, was er ohne seine Nothelfer ist — ein Spielball politischer Deyer.

Heu und Stroh beim Versand pressen!

Der Verein der Stroh-, Heu- und Häcksel-Großlieferanten Deutschlands schreibt dem Reichs-Landbund: Infolge der fortgesetzten Erhöhung der Eisenbahntarife sieht die Fracht, die für Heu und Stroh bezahlt wird, fast in keinem Verhältnis mehr zu den Preisen dieser Artikel. Bei dem Versand von Heu und Stroh kann aber an Fracht ganz gewaltig gespart werden, wenn die Ware fest gepreßt und dadurch die Lademöglichkeit des Waggons voll ausgenutzt wird.

Vor dem Kriege war es allgemein üblich, Heu und Stroh so fest zu pressen, daß jeder Eisenbahnwagen mindestens 200 Ztr. enthält. Leider wird heute durch die leichte Pressung häufig sehr stark geschädigt, in dem die Wagen oft nur ein Gewicht von 160 Ztr. statt 200 Zentner haben. Die Landwirte selbst aber sollten größtes Wert darauf legen, das Stroh fest zu pressen, da sie dadurch einmal bis zu 25 Proz. Windertrag und ferner im gleichen Verhältnis Gespanne sparen. Ein Fuder drahtgepreßtes Stroh hat im Durchschnitt 40 Ballen, ganz gleich, ob sie fest oder lose gepreßt sind. Verkauft nun heute eine Wirtschaft 4000 Ztr. Stroh und preßt es fest, so spart sie einmal 5 Ztr. Windertrag, oder in Worten ausgedrückt, fast 4000 M. Die Wirtschaft, die das Stroh fest preßt, braucht aber bei der Anfuhr zur Bahn bei 4000 Ztr. allein 25 Gespanne weniger. Die feste Pressung des Strohes ist zugleich ein wirksames Mittel zur Bekämpfung des Wagnmangels, denn es werden durch feste Pressung des Strohes 20 Proz. weniger Wagen gebraucht. Die größte Ersparnis durch feste Pressung wird bei der Fracht erzielt. Bei einer Entfernung von 500 Kilometern kostet heute 1 Wagen Heu oder Stroh einschließlich Waggomiete und Deckenmiete 6000 M. Fracht. (Ab 1. 4. 22.)

Enthält der Wagen 200 Ztr., so kostet der Ztr. 30 M., Fracht, enthält der Wagen nur 160 Ztr., so kostet der Ztr. 37,50 M. Fracht. Dieses Beispiel möge beweisen, welche enorme Ersparnis an Windertrag, an Gespannen, an Waggons, an Fracht und nicht zuletzt an Arbeitskräften erzielt werden kann, wenn die Landwirte, wie vor dem Kriege, Heu und Stroh wieder fester pressen.

„Schuldbuch der Feinde.“

Die Zentralkasse Vaterländischer Verbände faßte in ihrer Mitgliederversammlung folgenden Beschluß: Zu der bisherigen Arbeit ist neu hinzugenommen die Anlegung eines „Schuldbuches der Feinde“. Es soll den Zweck haben, alle bemerkenswerten nachgewiesenen Rechtsbrüche der Feinde, Verletzungen des Verfallener Vertrages, Ausweisungen aus dem besetzten Gebiet, ungehörte Verbrechen gegen Personen und Eigentum, Berurteilungen durch fremde Gerichte ohne die Möglichkeit ausreichender Verteidigung usw. aufzuzeichnen, um dieses Material zu gegebener Zeit zu verwerten. In unserer schnelllebigen Zeit geraten solche Einzelheiten, wenn sie auch von der Presse gebracht werden, gar zu leicht in Vergessenheit. Bis die Zeit für die Verwertung des gesamten im „Schuldbuch“ gesammelten Stoffes gekommen ist, werden Auszüge daraus veröffentlicht werden, um so immer wieder die Uebergriffe der Feinde der Allgemeinheit ins Gedächtnis zurückzurufen. Bei der Anlegung des Schuldbuches handelt es sich nicht nur darum, die Rechtsbrüche von jetzt ab zu sammeln, sondern vor allem auch die vergangenen seit dem Zusammenbruch 1918. Daß dies eine ungeheure Schwierigkeit ist, ist uns klar. Sie muß aber bewältigt werden zum Besten des Vaterlandes. Wir erwarten die tätige Mitarbeit hierin nicht bloß der angeschlossenen Verbände, sondern aller Vaterlandsfreunde.

Glossen zur Geschichte des Tages.

Der erste weibliche Legationssekretär.

Amerika hat wieder einmal seinen Ruf als „Land der unbegrenzten Möglichkeiten“ gerechtfertigt. Denn aus Washington vernimmt man, daß Präsident Harding, dessen Sympathien für die Gleichheitsbestrebungen des weiblichen Geschlechts bekannt sind, eine junge Dame, Miss Lucile Anderson, zur diplomatischen Laufbahn zugelassen hat. Sobald sie die vorgeschriebene Prüfung bestanden hat, wird sie einer Votschaft oder Gesandtschaft der Vereinigten Staaten im Auslande als Sekretärin zugeteilt werden.

Dieser Vorgang bedeutet eine neue, nicht zu unterschätzende Etappe auf dem Wege zur völligen Gleichberechtigung der Frauen mit den Männern im politischen Beruf. Wie lange wird es nun noch währen, bis wir auch bei uns weibliche Diplomaten haben werden. Und mag man sich zu der Frage stellen, wie man will, so wird man doch nicht bestreiten können, daß heutzutage, da weibliche Volksvertreter im Parlament sitzen, die jederzeit an der auswärtigen Politik öffentlich Kritik üben können, es zum mindesten nicht unlogisch ist, wenn die auswärtige Politik nicht als ein Gebiet behandelt wird, von dem die Frauen ängstlich ferngehalten werden müssen.

Weibliche Hilfskräfte im diplomatischen Betriebe sind im übrigen nicht mehr etwas ganz Neues, und man weiß, daß auf den diversen Friedenskonferenzen der letzten Jahre und Monate eine ganze Reihe von Delegationen mit mehr oder weniger jugendlichen und reizenden „Tippsen“ erschienen, die auf diese Weise in die Elemente der diplomatischen Geheimwissenschaften einen Einblick erhielten. Eigene Politik treiben so auch Legationssekretäre unter normalen Verhältnissen nicht — obgleich die diplomatische Geschichte aller Länder Beispiele des Gegenteils verzeichnen könnte.

Es ist nicht das nüchterne diplomatische Handwerk, die mühselige Kleinarbeit des Chiffrierens und Dechiffrierens, des Sichhineinversenkens in trockensten Aktenmaterial, das bislang die Frauen angezogen hat, die die hohe Weltpolitik, mit all ihren verborgenen Winkelzügen, bald kleinen, bald hohen Zielen und dem Drum und Dran des rein Persönlichen, verfehlt auf geistig rege und ehrgeizige Frauen, wie die Herzogin Dorothea von Sagan, die gleichnamige Fürstin Lieven, Madame Juliette Adam, ihren Anreiz nicht ihr Geld war der luxuriöse Salon, nicht die kahle Amtsstube, und die Ablegung eines diplomatischen Examinens forderte niemand von ihnen.

Dr. A. von Wille.

Volkswirtschaft.

3. Wochenbericht des Deutschen Landwirtschaftsrats

Die verfloßene Woche und namentlich die letzten Tage haben durch schönes, warmes Wetter und später durch tropische Hitze die Saaten derart gefördert, daß ein guter Teil ihrer Rückständigkeit bereits eingeholt scheint. Noch läßt sich ein Urteil über die Aussichten nicht fällen, immerhin sind dieselben zum Teil hoffnungsvoller geworden. Im Getreidegeschäft zeigt sich wieder bezeichnende Nachfrage, die erst mit der allgemeinen Veräußerung des Marktes in den letzten Tagen aufhörte. Im Hasergeschäft stand der Rohmarkt unter der Last, daß weder die Verbraucher, noch die Fournierhändler und sogar auch der Großhandel mit größeren Vorräten dem laufenden Verbrauch zu greifen mußten. Im Maisgeschäft hat die Woche nicht viel neues gebracht. Es wurde während der festlichen Tage mehr Material vom Ausland wieder gekauft und für Waggomware auch merklich höhere Preise bezahlt da die zeitweise Abschwächung in den ausländischen direkten Forderungen durch die Dollarkaufse mehr als wettgemacht war. Das Kleiegeschäft wurde nach kurzer Zeit der Belebung zuletzt wieder ruhig, doch haben sich die leicht erhöht gewesenen Notierungen behauptet. Für Erbsen, besonders für gute Viktoria erbsen, hielt die Kaufkraft an und auch für andere Erbsensorten bestand Bedarf.

Bereine und Versammlungen.

□ **Oberschlesierstag in Nürnberg.** Der diesjährige Delegiertentag der Vereinigten Verbände heimatreuer Oberschlesier findet vom 27. bis 29. Mai im Rathaus in Nürnberg statt. Es stehen die wichtigsten Fragen nicht nur für die innere Ausgestaltung der Verbände, sondern auch für die ober-schlesische Sache zur Verhandlung. Delegierte aller deutschen Landesgruppen der Vereinigten Verbände heimatreuer Oberschlesier nehmen teil. Die obersten bayerischen Landesbehörden sind zu der Tagung eingeladen.

Risinet.

Roman von Max von Wichmann.

(11. Fortsetzung.)

„Selbst war es“, so fuhr er fort, „daß, je kränker und elender Dalberg sich fühlte, er mit um so größerer Vorliebe auf die fernabliegenden Tage der Bewangeneit zu sprechen kam und es bedurfte seines besonderen Scharfsinnes, um darüber ins Klare zu kommen, daß die Hauptempfindung seines Lebens, die einen roten Faden gleich daselbe durchzog, die heiße Leidenschaft für die Geliebte seiner Jugend gewesen war, ein Weibenschaft, von der er sich einredete, daß sie sich in das verwandelt habe, die aber in Wirklichkeit ein glühendes Verlangen geblieben, unter dessen Hoffnungslosigkeit er namenlos litt.“

„Es ist seltsam, junger Freund, daß ich zu Ihnen mit dem der reinste Zufall mich zusammenführte, von der einzigen Frau spreche, die meinem Herzen so nahegekommen“, bemerkte er eines Tages, „und ich möchte darin gewissermaßen einen Fingerzeig des Schicksals sehen. Sie sind ein aufwärtsstrebender Mensch, aber wenn die Menschenkenntnis, die ich während eines langen Lebens zu sammeln Gelegenheit hatte, mich nicht vollständig täuscht, sind Sie Art von meiner Art, hart und unverdächtig, wenn man Ihnen ein Leid zufügt, folglich auch der Mann, der wohl imstande ist, mein Vermächtnis anzutreten. Ich will Ihnen reiche Mittel geben, will Sie unabhängig stellen, knüpfe aber die Bedingung daran, daß Sie die Tochter jener Frau heiraten, die mein Dasein zerstört hat; nicht etwa, um sie glücklich zu machen! Sie müssen nämlich wissen, daß ich aus der Ferne Sidonie von Ed nie aus den Augen verloren habe, daß ich so ziemlich alles wußte, was mit ihr vorging, daß ich Kenntnis erhielt von der Liquidierung des Bankhauses, die zwangsweise durchgeführt wurde, weil der Kassierer von mir beauftragt, die namhaften Summen entgegenzunehmen und das Weite gesucht hatte und dadurch der Ruin des Hauses unaufhaltsam herbeigeführt worden wäre, wenn nicht der alte, getreue Buchhalter des Geschäftes mit großen persönlichen Opfern dessen Liquidierung zustande gebracht hätte, zu einer Zeit, da Ed schon vom Schlag gerührt darniederlag.“

Sie ebnet alle Wege und durch Geld hatte ich es auch zustande gebracht, daß sich Leute fanden, in Sidonies Umgebung, die sie im Auge behielten und ich immer erfuhr, was mit ihr vorging. So wußte ich auch, daß das Verhältnis zwischen Mutter und Tochter nie ein ideales gewesen und darauf beschloß ich meinen Plan zu bauen. Nach Schilderungen, welche mir gemacht wurden, scheint die Tochter das sentimentale Naturell ihres Vaters geerbt zu haben, der an Sidonies Seite auch nicht das Glück gefunden, von dem er geträumt, der vielmehr gar bald erkennen lernte, daß nur Ehrgeiz die Triebfeder jenes Weibes gewesen.“

„Run“, so sagte mir Dalberg, „mache ich, wie gesagt, Sie, meinen jungen Freund zum Werkzeug der Rache, die über mein Grab hinaus jene Frau treffen soll. Wenn ich eingeleitet in das Reich der Schatten, aus dem noch keiner zurückgekehrt, und welches das Damoklesschwert ist, das so viele beunruhigt, dann ziehen Sie mit den reichen Geldmitteln, die ich Ihnen zurücklassen werde, ausgeflattert, dort hin, wo die Witwe meines einstigen Freundes Ed lebt, trachten Sie es zustande zu bringen, daß jene bekümmerten Bestand von Ihnen annimmt, und ringen Sie ihr das Besprechen ab, Ihnen die Hand ihrer Tochter zufügen zu wollen. Sie wird es als Demütigung empfinden, Ihnen Dank zu schulden; und das ist ein Triumph! Der größte aber liegt in der Tatsache, daß ich Wally von Ed zwar zu meiner Unverfälschten einsehen werde, gleichzeitig aber testamentarisch die Bedingung stelle, daß Sie allein der Verwalter dieses Vermögens sein sollen, daß Sie sie nur ihres Reichtums wegen geheiratet haben und daß dieser Reichtum ihr von dem erbittertesten Feinde ihrer Mutter in den Schoß geworfen. Gleichzeitig verkünden Sie ihr, wodurch ihre Mutter sich diese Feindschaft zugezogen. Frau von Ed möge Sie ohne weiteres auch am Tage Ihrer Vermählung alles mitteilen, was ich Ihnen anvertraute, und ihr gleichzeitig sagen, es sei die Rache des Bundesgenossen, daß er nicht nur ihren Gatten finanziell zugrunde gerichtet habe, sondern der Tochter auch habe lehren wollen, die Mutter zu verachten.“

„Das, mein Freund, ist so beiläufig der Inhalt dessen gewesen, was Baron Dalberg mir sterbend mitgeteilt hat. Mit seltener Umsicht hat er alle Vorsehrungen getroffen, daß nach seinem Tode sich alles so abspielen werde, wie er es inszeniert hatte; und als nach langem Ringen und hartem Kampf sein heißes Herz endlich zu Klagen aufgehört, kam sein Notar zu mir, den er bis in die kleinsten Einzelheiten von allem unterrichtet hatte, und instruierte mich genau über alles, was zu tun sei.“

Mit glänzenden Mitteln ausgestattet, kam ich hierher, wurde ich der Gatte der schönen Wally von Ed; die Krone der Grausamkeit aber, die Dalberg sich eronnen, bestand eigentlich in der Klausel, daß ich erst am Tage meiner Vermählung meiner Schwiegermutter die Beziehungen offenbaren mußte, welche zwischen mir und Dalberg bestanden, daß ich ihr aber auch in seinem Auftrag mitzuteilen hatte, daß nicht ein Bruchteil des Reichtums, der von ihm kommend, ihrer Tochter in den Schoß fiel, auf sie übergehen dürfe. Damit Wally sich nicht in einer schwachen Stunde von der Mutter Geld abbeteln lasse, war ihr das Verfügungsrecht über das ihr zuerkannte Vermögen benommen und fiel dieses nur mir anheim.

Vor der Hochzeit hatte ich der Form halber Frau von Ed eine Nichte auszuwerfen gehabt; laut testamentarischer Bestimmung mußte diese mit dem Hochzeitstag aufhören, während sie gleichzeitig zu erfahren hatte, daß das Erlöschen des Einkommens, das ihr von höchstem Wert gewesen, der Abschiedsgruß des aus dem Leben geschiedenen Freiern sei, für den sie nur ein Hohlnach gehabt, nachdem sie gewissenlos mit ihm gepfeilt. Eine diabolische Rache, das mußst du mir zugestehen, aber ich wäre nicht imstande gewesen, sie zu annullieren, selbst wenn ich es gewollt, so verkauflert und festgestellt war das ganze Testament.“

(Fortsetzung folgt.)